

Sonderausschuss „Standort Lütjenburg“

6. Sitzung

Sitzung vom 12.6.2012

Seite 1

in Lütjenburg, Ratssaal

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 2 bis 5
Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse.

Beginn: 19.03 Uhr

Ende: 20.32 Uhr

(Unterschriften)

Anwesend:

Gesetzl. Mitgliederzahl: 7

a) stimmberechtigt:

1. Dirk Sohn	13.
2. Thomas Hansen	14.
3. Siegfried Klaus	15.
4. Traudl Holst	16.
5. Dr. Hans Fritzenkötter f. Jürgen Panitzki	17.
6. Matthias Treu	18.
7.	19.
8.	20.
9.	b) nicht stimmberechtigt
10.	1. Oberst Kuhlen
11.	2. Herr Hardel / BIMA
12.	3. Herr Beims / Ing.-Büro Beims
	4. Herr Liedl / Ing.-Büro Liedl
	5. Frau Plöger, Gleichstellungsbeauftragte
	6. Herr Stein / Amt Lütjenburg
	7. Herr Braune / KN
	8. 8 Zuhörer

Es fehlten:

a) entschuldigt:	Grund:	b) unentschuldigt:
1. Karsten Kahlcke		1.
2.		2.

Die Mitglieder des Sonderausschusses Standort Lütjenburg waren durch Einladung vom 31.5.2012 auf Dienstag den 12.6.2012 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsmäßige Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden.

Der Sonderausschuss „Standort Lütjenburg“ war - nach Zahl der erschienenen Mitglieder - beschlussfähig.

Tagesordnung:

1. Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
2. Genehmigung der Niederschrift der 5. Sitzung vom 08.05.2012
3. Fragestunde der Stadtvertreter/innen und Ausschussmitglieder sowie Einwohner und Einwohnerinnen
4. Rahmenplanung - Bedeutung und Möglichkeiten
(Ein Vertreter der Architektur + Stadtplanung Baum Ewers Dörnen wird anwesend sein)
5. Konversionsbegleitung durch die Christian-Albrechts- Universität zu Kiel / Geographisches Institut (Herr Dr. Hoppe wird anwesend sein)
6. Berichte und Verschiedenes

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, einen weiteren Tagesordnungspunkt „Lehrsammlung der Bundeswehr“ als TOP 6 aufzunehmen.

„Berichte und Verschiedenes“ wird somit TOP 7.

- einstimmig -

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.

Zu Tagesordnungspunkt --- war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

1. Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

Alle Tagesordnungspunkte sollen öffentlich behandelt werden.

- 6 dafür -

2. Genehmigung der Niederschrift der 5. Sitzung vom 08.05.2012

Bis zum Ende der Sitzung sind keine Einwände erhoben worden. Somit gilt die Niederschrift über die 5. Sitzung als genehmigt.

3. Fragestunde der Stadtvertreter/innen und Ausschussmitglieder sowie Einwohner und Einwohnerinnen

Ein Bürger fragt nach, dass in den Kieler Nachrichten der Bürgermeister sich geäußert habe, dass keine Fördermittel des Bundes für das Kasernengelände bereitgestellt werden. Der Vorsitzende antwortet hierauf.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

4. Rahmenplanung - Bedeutung und Möglichkeiten

Der Vorsitzende leitet in die Thematik ein und bittet sodann Herrn Beims um ausführliche Erläuterungen.

Herr Beims erläutert, dass der Rahmenplan ein Werkzeug zur städtebaulichen Entwicklung in einem abgegrenzten Bereich einer Stadt ist, der je nach Bedarf geändert werden kann. Er zeigt die künftige städtebauliche Entwicklung unter Berücksichtigung der besonderen Situationen in einem abgegrenzten Stadtbereich auf. Bei der Aufstellung des Rahmenplanes ist folgendes zu beachten:

- Bestandsaufnahme
- Bestandsbewertung
- Abgleich mit anderen städtischen Planungen
- Zielformulierung bzw. Diskussion
- Konzepterstellung

Weiter geht Herr Beims auf die rechtlichen Bedingungen des städtebaulichen Rahmenplanes ein:

Kein gesetzlich festgeschriebenes Planungsinstrument; es ist kein Rechtsverfahren erforderlich. Der Inhalt kann gemäß Aufgabenstellung frei gewählt werden, er hat den Charakter einer informellen Planung. Er wird mit einem Grundsatzbeschluss verabschiedet und entfaltet seine Wirkung als planerische Zielsetzung.

Folgende Aussagen trifft der Rahmenplan:

Hier werden in der Regel die städtebaulichen Komponenten

- Nutzung,
- Verkehr,
- Stadtgestaltung und
- Funktion

zu einer Gesamtkonzeption zusammengefasst.

Anhand eines Rahmenplanes aus Büsum erläutert Herr Beims die Entwicklung.

Der Rahmenplan ist die Vorplanung für z. B. einen B-Plan.

Herr Dr. Fritzenkötter fragt, ob es Pflicht ist, vor dem B-Plan einen Rahmenplan zu erstellen. Herr Beims verneint dieses. Da der Rahmenplan keine rechtliche Bedeutung hat, besteht diese Pflicht nicht, es ist aber ein gutes Hilfsmittel, um zu einem B-Plan zu gelangen.

Hierauf erfolgt eine Diskussion.

Der Vorsitzende fragt, ob es für den Rahmenplan zeitliche Begrenzungen gibt. Herr Beims antwortet hierauf, dass der Rahmenplan keine zeitlichen Begrenzungen hat.

Weiter fragt der Vorsitzende nach den Kosten für einen Rahmenplan.

Herr Hardel von der BIMA berichtet, dass der Haushaltsausschuss des Bundes generell sehr entgegenkommen ist; in diesem Einzelfall soll bis zum 2.7.2012 eine Entscheidung, auch bezüglich der Machbarkeitsstudie, fallen.

Herr Dr. Fritzenkötter fragt nach, ob nicht erst einmal eine Richtung bezüglich des Rahmenplanes vorgegeben werden sollte. Der Vorsitzende antwortet, dass der Rahmenplan, wie vorab schon erläutert, das „Handwerkszeug“ ist, um zu einem rechtskräftigen B-Plan zu gelangen. Ein Beschluss wird nicht gefasst.

5. Konversionsbegleitung durch die Christian-Albrechts- Universität zu Kiel / Geographisches Institut (Herr Dr. Hoppe wird anwesend sein)

Der Vorsitzende stellt fest, dass Herr Dr. Hoppe nicht anwesend ist. Er wird versuchen, ihn zur nächsten Sitzung noch einmal einzuladen.

Herr Hardel erläutert, dass die Grundstücke der Schill Kaserne frei verkauft werden müssen und dieses zeitnah durch eine breite Streuung (Werbung) durch die BIMA angeboten wird. Herr Oberst Kuhlen fragt nach, ob die Grundstücke der Kaserne in einem Stück veräußert werden oder in Teilbereichen.

Herr Hardel antwortet, dass auch mehrere Investoren Teilbereiche erwerben können. Hierauf folgt eine kurze Diskussion.

Ein Beschluss wird nicht gefasst.

6. Lehrsammlung der Bundeswehr

Der Vorsitzende bittet Herrn Oberst Kuhlen um weitere Erläuterungen.

Herr Oberst Kuhlen berichtet, dass die Lehrsammlung zur Zeit im Arsenal in Kiel untergebracht ist auf einer Fläche von ca. 2.000 Quadratmeter.

Weiter erläutert er, dass sich das Panzermuseum in Munster auf einer Ausstellungsfläche von ca. 2.500 qm befindet und sehr viele Touristen anzieht. Die Organisationsform könnte ehrenamtlich problemlos durchgeführt werden. Die Schill Kaserne wird bis Ende 2012 geräumt sein.

Weiter weist Herr Oberst Kuhlen darauf hin, dass das Marinearsenal auch verlegt wird und eine Überführung der Lehrsammlung durch Unterstützung des Arsenalpersonals bis Ende 2012 kostengünstig wäre. Ein späterer Umzug müsste mit Privatunternehmen durchgeführt werden und wäre somit sehr kostenintensiv.

Für ihn stellen sich die Fragen:

1. Will die Stadt dieses Museum?
2. Welche rechtlichen Belange sind hierfür erforderlich?
3. Es gibt bereits ein Museum in Berlin; hier würden 4.000 qm zur Verfügung stehen.

Weiter berichtet Herr Oberst Kuhlen, dass der Standort Lütjenburg formell durch den Schießplatz Todendorf, der auf 750 Soldaten aufgestockt wird, räumlich vorhanden bleibt. Da die Bundeswehr zur Zeit ausschließlich Zeit- und Berufssoldaten hat, geht er davon aus, dass viele Soldaten ihren Wohnsitz in Lütjenburg behalten bzw. nehmen werden.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Oberst Kuhlen für die Ausführungen.

Ein Bürger fragt, wie lange die Schill Kaserne bewacht werden wird, auch wenn die Bundeswehr bereits abgezogen ist.

Oberst Kuhlen antwortet, dass dieses durch eine Zivilwache bis zur Veräußerung bzw. Übergabe der Grundstücke geschehen soll.

Herr Dr. Liedl fragt, inwieweit ein militärisches Museum präsentierbar bleibt und nach der Wirtschaftlichkeit.

Oberst Kuhlen antwortet hierauf, dass einmal der Wille bei der Stadt vorhanden sein muss und dass aus Erfahrung von anderen Militärmuseen große Besucherströme angelockt werden und somit der Tourismus gefördert wird.

Es wird nach den Kriterien gefragt: Warum Lütjenburg und nicht Berlin?

Oberst Kuhlen antwortet, dass er dieses bereits vorher schon erläutert hat, dass der Wille der Stadt mit entscheidend ist.

Gleichzeitig sagt er, dass bis Ende Juli eine Willensbekundung der Stadt vorliegen muss.

Nach einer intensiver Diskussion wird folgender Beschlussvorschlag eingebracht:

Die Verwaltung wird gebeten, zusammen mit dem Vorsitzenden des Ausschusses Standort Lütjenburg an das Bundesministerium der Verteidigung heranzutreten mit dem Ziel, zu eruieren, ob die Lehksammlung der Heeresflugabwehr in Lütjenburg dauerhaft ausgestellt werden könnte. Im Rahmen dieser Gespräche soll auch mitgeteilt werden, welche finanzielle Verantwortung die Stadt Lütjenburg zu tragen hätte, auch vor dem Hintergrund, dass durch den Weggang der Bundeswehr ohnehin ein struktureller Schaden eintreten wird. Im Rahmen dieser Gespräche soll auf die besondere Verantwortung der Bundeswehr für Lütjenburg hingewiesen werden.

Eine endgültige Beschlussfassung erfolgt, wenn die Informationen vorliegen und in den Ausschüssen beraten worden sind.

- 5 dafür, 1 dagegen -

7 Berichte und Verschiedenes

- Herr Sohn weist noch einmal auf den nächsten Workshop hin.
- Ein Bürger regt nochmals an, vermehrte Werbung für den Workshop durchzuführen.
Herr Sohn antwortet hierauf und sagt dieses zu.

Protokollführer: